



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 20. März 1887.

Nr. 133.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Plenarsitzung vom 19. März.

Präsident v. Koller eröffnet die Sitzung um 12^{1/2} Uhr.

Am Ministertische: v. Puttkamer und Kommissare.

Die Gesetzentwürfe, betr. die Verlängerung der Frist für die Rückzahlung von Grundsteuer-Einschätzungen in der Provinz Schleswig-Holstein und betr. die durch ein Auseinandersehungungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten werden in dritter Berathung angenommen.

Es folgt die zweite Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz.

§ 1 der Kreisordnung wird nach dem Vorschlage der Kommission angenommen, nachdem

Abg. Dr. Langerhans erklärt hat, daß die freisinnige Partei auf die Stellung von Abänderungsanträgen, deren Annahme doch aus-
sichtslos sei, verzichte; seine politischen Freunde würden, wie gegen die Kreisordnung für Westfalen, so auch gegen diese Vorlage stimmen.

§ 4 bestimmt, daß Städte mit mindestens 40,000 Seelen zur Bildung eines Kreisverbandes (Stadtvereins) befugt sein sollen.

Abg. Bygen (natl.) beantragt, dieses Recht schon Städten von mindestens 30,000 Seelen zu gewähren.

Geh. Reg.-Rath Dr. v. Bitter: Der § 4 des Entwurfes ist so sorgfältig erwogen, daß die Regierung keinen Theil desselben preis-
geben wird. Als im vorigen Jahre die westfälische Kreisordnung beraten wurde und man eine Einwohnerzahl von 30,000 festsetzen wollte für das Ausscheiden aus dem Kreisverbände, hat man dieselben Reklamationen vorgebracht und von der Verletzung Westfalens gesprochen. Mit der Rhein-
provinz verhält es sich ebenso; auch hier ist von einer Verletzung gar keine Rede; höchstens könnten sich die 8 Städte verletzt fühlen. Aber das staatliche Interesse steht doch zweifellos höher als das Interesse der Städte. Wichtig ist es, daß die Bevölkerung im Regierungsbezirk Arnberg ebenso wächst als im Regierungsbezirk Düsseldorf, aber sonst sind die Verhältnisse zwischen beiden Regierungsbezirken total verschieden. Ein rapides ungesundes Anwachsen der Städte findet in letzterem statt. Besondere Verhältnisse erfordern auch eine besondere Regelung. Die Staatsregierung habe kein anderes Interesse, als ein zu frühes Ausscheiden der Stadtgemeinden zu ver-
hüten. Wenn die Bevölkerung von Oberhausen wie bis jetzt fortschreite, werde sie in 10 Jahren aus dem Kreise ausscheiden müssen. Bei dieser Frage kommt es auf das Interesse der verbleibenden Landgemeinden an. Würde das Ausscheiden den Erfolg haben, daß die Kosten einseitig auf die Landgemeinden abgewälzt würden, so müßte man schon von diesem Standpunkte aus gegen den Antrag Bygen sein. In Gladbach und Köln würden nach Annahme des Antrages Bygen thatsächliche Mißbildungen entstehen. Während auf den Regierungsbezirk Arnberg 18 Land- und 3 Stadtkreise entfallen, zählt der Regierungsbezirk Düsseldorf 15 Land- und 6 Stadtkreise. Während ferner in Arnberg bei Zugrunde-
legung der in den Petitionen aufgestellten Ver-
rechnungen nur 6 Städte Anwartschaft auf Aus-
scheiden aus dem Kreise besitzen, sind deren im Regierungsbezirk Düsseldorf einschließlich der dem-
nächst möglicher Weise zu Stadtgemeinden zu er-
hebenden Landgemeinden 12 und ohne die Stadt
M.-Gladbach nur 11 vorhanden. Das Wechsel-
verhältnis zwischen den Stadt- und Landkreisen
würde sich also im Regierungsbezirk Düssel-
dorf viel ungünstiger gestalten als im Regierungs-
bezirk Arnberg. Ich bitte, den Antrag Bygen
abzulehnen.

Abg. Krefeler (kons.): Daß die Ver-
hältnisse in Westfalen anders sind, ist bestritten,
aber nicht bewiesen. Wir werden gegen den An-
trag und für den Regierungsentwurf stimmen.

Abg. vom Heede (Zentr.): Die Gründe,
welche der Herr Regierungskommissar für die Er-
höhung der Einwohnerzahl vorgebracht hat, be-
weisen nichts dafür. Sämmtliche Städte, die hier
in Betracht kommen, haben nicht nur die Kräfte
für eine gute Selbstverwaltung, sondern auch für
die Bildung eigener Kreisverbände. Die Be-

fürchtungen hinsichtlich der Sozialdemokratie sind
in nicht höherem Maße berechtigt, als in West-
falen. Ich bitte Sie daher, den Antrag Bygen
anzunehmen.

Abg. Ditzem (Zentr.): Die so rasch wach-
senden Städte in der Rheinprovinz bieten keine
Garantie für eine gute Verwaltung! Ich em-
pfehle deshalb die Annahme des Paragraphen in
der Fassung des Regierungsentwurfs.

Abg. Bachem (Zentr.): Ein anormales
Anwachsen der Städte in den Rheinprovinzen muß
ich durchaus bestritten. Dasselbe ist keineswegs
ein so rapides, wie der Herr Regierungskommissar
uns glauben machen will. Es scheint für eine In-
kommunalisierung in den höheren Kreisen ein
sehr günstiger Wind zu wehen. Gerade aber die
Orte, welche man ins Feld führt, geben zu gar
keinen Bedenken Anlaß. Es ist gar nicht an-
zunehmen, daß hier die Sozialdemokratie je zu
irgend nennenswerthen Erfolgen kommen könne.

Abg. Dr. Hamacher (natl.): Ich stimme
den Ausführungen des Herrn Regierungskommis-
sars zu, aber ich meine, daß die Regierung schon
bei der Berathung der Kreisordnung von West-
falen gleiche Gründe hätte geltend machen
müssen. Dies hat sie nicht gethan, und deshalb
halte ich es auch für eine Ungerechtigkeit, mit
der Rheinprovinz anders zu verfahren, als mit
der Provinz Westfalen. (Zustimmung.) In an-
deren Provinzen sind in Bezug auf das rapide,
ungesunde Anwachsen der Städte, das man hier
gegen den Antrag Bygen in's Feld führt, ganz
analoge Verhältnisse vorhanden. Auch das glaube
ich nicht, daß die Selbstverwaltung dieser Städte
keine Garantien darbieten werde. Besser ist es,
daß wir das Ausscheiden aus dem Kreisverbände
erleichtern, als daß wir hier gewisse Hindernisse
entgegensetzen. Ich bitte, den Antrag Bygen an-
zunehmen.

Geh. Regierungs-Rath Dr. v. Bitter:
Ich möchte den Herren Gegnern der Vorlage
kurz erwidern, daß doch die rheinische Kreisord-
nung den Beweis dafür liefert, daß die Staats-
regierung die Wünsche des Provinziallandtages
berücksichtigt hat. Das Interesse, für Ortsgastien
eine eigene städtische Verwaltung zu erstreben,
liegt ja nahe, weil dieselben sich dann ihre Be-
amten selbst wählen können. Wiederholen will
ich ferner, daß der Regierungsbezirk Düsseldorf
in Bezug auf die Mischung der Stadt- und
Landkreise schlechter gestellt ist, daß bei Düssel-
dorf eine doppelte Anzahl von Kreisen wie in
Arnberg ausscheiden würde und daß der Regie-
rungsbezirk Düsseldorf kleiner als der Regierungs-
bezirk Arnberg ist. Es sind also fundamentale
Unterschiede vorhanden und ich bitte Sie, es bei
dem Vorschlage der Regierung zu belassen.

Die Diskussion wird geschlossen.
Der Antrag Bygen wird mit schwacher
Mehrheit abgelehnt, die Kommissionsfassung und
der § 4 im Ganzen angenommen.

Die §§ 5-23 werden ebenfalls an-
genommen.

Die Diskussion über die §§ 24 und 25,
welche von der Ernennung der Bürgermeister der
Landbürgermeisteren und bezw. über die Ver-
pflichtung zur Uebernahme von unbefoldeten Am-
tern in den Landgemeinden und Landbürgermei-
stereien handeln, wird auf Antrag des Abg.
Janssen (Zentr.) verbunden.

Zu § 24 liegt ein Antrag des Abg.
Frisen vor, wonach Ehrenbürgermeister an
Stelle besoldeter Bürgermeister vom Ober-Präsi-
dent ernannt werden dürfen, falls sich geeignete
Persönlichkeiten hierfür finden. Ein Bürger-
meister mit Besoldung solle nur angestellt werden,
wenn ein geeigneter Ehrenbürgermeister nicht zu
gewinnen ist. Die besoldeten Bürgermeister wer-
den von der Bürgermeisterei-Versammlung mit
absoluter Stimmenmehrheit auf die Dauer von
12 Jahren gewählt.

Bei Begründung seines Antrages führt Abg.
Frisen (Zentr.) aus, daß er in seinem An-
trage, namentlich in der darin vorgesehenen Wahl
der Bürgermeister die Wünsche einer großen Zahl
von Landgemeinden zum Ausdruck bringe, die in
dieser Weise ihren Einfluß auf die Beförderung der
Bürgermeisterämter gewahrt wissen wollten. Die
Zustimmung des Provinzialraths zur Versagung
der Wahl biete eine genügende Kautel, daß nur
solche Personen mit dem Amte betraut würden,

die fähig und würdig wären, dasselbe zu belei-
den. Der Wunsch der Gemeinden, einen gewähl-
ten Bürgermeister zu haben, sei durch die schim-
men Erfahrungen in der Rheinprovinz hervorgeru-
fen. Es sei immer ein wesentlicher Wunsch
der Gemeinden gewesen, ihre Beamten selbst zu
wählen; nähme man ihnen das Recht, so wür-
den sie gleichgültig gegen die Art und Weise, mit
welcher man sie verwalte, werden.

Abg. Janssen (Zentrum): Die Tendenz
dieses Gesetzes geht dahin, die Wiederkehr von
Zuständen zu verhindern, wie sie früher in der
Provinz leider bestanden haben. Den Antrag
Frisen, soweit er die Wahl der Landbürger-
meister betrifft, kann ich nicht empfehlen, da die
Wahl in den Gemeinden stets nachtheilig in Be-
zug auf die Erhaltung des Friedens innerhalb
der Gemeinde wirkt. Die Ernennung von
Ehren-Bürgermeistern dagegen halte ich für gut,
weil dadurch die besitzenden Klassen für die lo-
kalen Angelegenheiten interessirt werden.

Abg. Bachem (Zentrum): Es ist nicht zu
verkennen, daß die Vorlage wesentliche Verbesse-
rungen gegen die früheren Bestimmungen ent-
hält. Wenn man aber immer und immer wie-
der auf die schlechten Erfahrungen hinweise, die
nun man mit der Selbstverwaltung kleiner Städte
in Bezug auf ihre Bürgermeister gemacht hätte,
so entspricht dies nicht den thatsächlichen Verhält-
nissen. Die schlimmsten Bürgermeister sind je-
denfalls die sogenannten heimatlosen oder Wan-
der-Bürgermeister. (Sehr richtig!) Diese sind
mit den Interessen der Städte, die sie momentan
verwalten, gar nicht verwachsen und schließen
schon mit einem Auge auf eine fettere Stelle, während
sie noch in der einen Stadt ihr Amt verwalten.
Das sind wirkliche Schäden, die nicht abzuleg-
nen sind. Gut ist, wenn wir das Verhältnis
des Bürgermeisters respektive Ehren-Bürger-
meisters fest fixiren, denn wer kann wissen,
wie der kommende Mann (Heiterkeit) darüber
denken wird.

Geh. Regierungs-Rath Dr. v. Bitter:
In der Kommission habe ich schon die Bedenken
geltend gemacht, welche gegen den Antrag Frisen
vorliegen. Dieser will das Wahlrecht wieder her-
stellen, wenn auch nur ein indirektes, gemildertes.
Es ist nicht möglich, ein so wichtiges Amt so zu
besetzen, daß die Beförderung ad calendas graecas
verspödet werden kann. In vielen rheinischen
Gemeinden besteht das Verhältniß, daß viele der-
selben keinen eigenen Bürgermeister haben, son-
dern in Personal-Union von dem Bürgermeister
der Nachbargemeinde mit verwaltet werden. Die-
ser Zustand ist kein normaler. Der Gesetzent-
wurf hat deshalb für jede Gemeinde einen eigen-
en Bürgermeister vorgeschrieben. Dadurch wür-
den jedoch viele Bürgermeister zuviel belastet, und
ist deshalb das Institut der Ehren-Bürgermeister
zu befördern gesucht. Der Antrag Frisen geht
aber in dieser Beziehung zu weit! Er ist der
Zod der Institution der Ehren-Bürgermeister,
weil man versuchen wird, größere Gebiete unter
einer Bürgermeisterei zu vereinigen. Damit wird
man das Amt eines Ehren-Bürgermeisters illus-
orisch machen, weil sich Niemand finden wird, eine
solche Arbeitslast als Ehrenamt auf seine Schul-
tern zu nehmen. Der Herr Abg. Frisen bezieht
sich ja den vorliegenden Gesetzentwurf selbst als
einen, der eine wesentliche Verbesserung darstelle.
Es ist kein Vortheil, wenn die Bürgermeister ge-
zwungen werden, ihren Blick nach unten zu rich-
ten. Ich bitte Sie, durch derartige Anträge den
Gesetzentwurf für die Regierung nicht unannehm-
bar zu machen, sondern durch Ablehnung des
Antrages Frisen und Annahme des Regierungs-
Entwurfes die guten Seiten, die ihm innewohnen,
zu fördern.

Abg. vom Heede: Durch den Antrag
Frisen brächten wir nicht nur die Vorlage zu
Falle, sondern wir führten auch einen Zustand
herbei, der um ein Bedeutendes schlechter wäre,
als der frühere. Es könnten da Personen zu
diesen Stellen gelangen, die ganz und gar
nicht an ihrem Plaze sind. Ich gebe ja zu,
daß für kleinere Ortsgastien eine Reihe von Per-
sonen als Ehrenbürgermeister sich finden würden,
die sich zu diesem Amte ganz vorzüglich eignen
würden, und die jetzt durch die Verwaltung mit-
teilst der erwähnten Personalunion überflüssig sind.
Aber ich meine, wenn man für Westfalen es ab-

gelehnt hat, solche Stellen zu schaffen, so muß
man dies auch für die Rheinprovinz thun. Des-
halb bitte ich Sie, den Antrag Frisen abzu-
lehnen!

Abg. v. Liebermann (kons.): Gesetze
werden nur für normale Zeiten gemacht, und es
ist nicht zu befürchten, daß in normalen Zeiten
durch die Ernennung des Bürgermeisters eine Ge-
fahr für die Gemeinden hervorgerufen wird. In
außerordentlichen Zeiten ist der Wille Sr. Ma-
jestät des Königs hoffentlich schon hinreichend,
immer eine gute Verwaltung in allen Theilen des
Landes zu erhalten. Wir werden für den Re-
gierungsentwurf stimmen. (Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und
unter Ablehnung des Prinzipal- und Eventual-
Antrages Frisen die §§ 24 und 25 in der
Fassung der Kommission angenommen.

Zu §§ 26 und 27, welche in der Diskussion
gleichfalls zusammengefaßt werden, und welche die
Wahl der Landgemeindeglieder und Bildung
einer Pensionatsklasse betreffen, empfiehlt Abg. Ditzem
die Annahme der Kommissionsbeschlüsse und
das Haus beschließt dementsprechend mit großer
Majorität. Ebenso wird der Rest der Vorlage
ohne weitere Debatte unverändert nach den Kom-
missionsbeschlüssen angenommen, desgl. der Ge-
setzentwurf über die Einführung der Provinzial-
Ordnung vom 29. Juni 1875 in der Rhein-
provinz.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Rechnungsübersichten, Er-
gänzung des Ausführungsgesetzes zum Gerichts-
verfassungsgesetz, Fürsorge für Beamte, die im
Betriebe verunglückt sind, und rheinische Immo-
biliar-Gesetze.

Schluß nach 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Das Herrenhaus ge-
nehmigte in seiner heutigen Sitzung zunächst die
Vorlagen, betreffend die Errichtung eines Amts-
gerichts in der Stadt Trebbin und betreffend die
Abänderung von Amtsgerichtsbezirken. Eine Pe-
tition der Stadtverordneten von Kien um Errich-
tung eines Amtsgerichts daselbst wurde durch
Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Sodann
tritt das Haus in die Berathung des Staats-
haushalts-Etats ein. Derselbe wird en bloc an-
genommen, doch bringen verschiedene Mitglieder
ihre Wünsche zu einzelnen Positionen zum Aus-
druck. Dabei war von besonderem Interesse ein
kleines Renkontre zwischen dem Finanzminister
von Scholz und dem Landwirthschaftsminister v. Lu-
cius. Ersterer hatte sich gegen eine von dem
Fürsten v. Haffelbut-Drachenberg beantragte Reso-
lution ausgesprochen, welche die Regierung aus-
sperdet, den Ausgabenbettel „Zur Förderung genos-
senschaftlicher und kommunaler Flussregulirung“
im nächsten Etat aus dem Extraordinarium in's
Ordinarium zu versetzen. Herr Dr. Lucius er-
klärt, trotz der Bedenken des Herrn Finanzmini-
sters mit seinen persönlichen Sympathien für diese
Resolution nicht zurückhalten zu können. Es han-
dele sich um ein stets wiederkehrendes Bedürfnis,
welches daher eigentlich im Ordinarium seine Be-
friedigung finden müsse, und um eine Frage, in
welcher den einzelnen Ressortministern einige Frei-
heit gelassen werden müsse. Herr von Scholz
hört diesen Ausführungen mit sehr nachdenklicher
und keineswegs heiterer Miene zu. Die Resolu-
tion wurde schließlich angenommen. Die nächste
Sitzung findet am Montag statt.

Prinz Wilhelm begleitete heute Vormit-
tag 9 Uhr den Kronprinzen Rudolf von Oester-
reich von Potsdam aus nach Bude 4 bei Schöne-
berg und demnächst nach dem Artillerie-Schieß-
platz mittelst Extrazuges der Militärbahn nach
Kummerdors, wo dieselben den Schießübungen
längere Zeit beizuwohnten. Nach Beendigung der
Exercitien kam dann der Erzherzog Rudolf nach
Berlin und ertheilte ihm hiesigen Schloßes mehrere
Audienzen. Später fuhr derselbe von hier wie-
der nach Potsdam zurück.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses
werden den Geburtstag des Kaisers durch ein ge-
meinames Festmahl im „Hotel de Rome“ be-
gehen.

Fürst Bismarck ist, wie die „Köln.
Ztg.“ erfährt, persönlich am 14. März, dem

Geburtstage des Königs Humbert, beim italienischen Botschafter Grafen Launay erschienen, um diesen zu bitten, seinem Könige die Glückwünsche des deutschen Reichslanzlers zu übermitteln.

— Fürst Blomard hat nach der „Donabr. Ztg.“ zum Bau eines Museums in Donabrück die Summe von 100,000 Mark gestiftet. Der Reichslanzler ist Ehrenbürger der Stadt.

— Aus dem Nachlaß des verstorbenen Oberpräsidenten Freiherrn Senft von Pilsach hat der Kaiser die Herrschaft Gramenz für den Preis von 2,500,000 Mark erworben. Die Auflassung an Se. Majestät ist dieser Tage bewirkt worden.

— Dem Bundesrat ist der Entwurf einer internationalen Nordseefischerei-Übereinkunft zugeworfen. Der Entwurf, der von einer Versammlung von Vertretern der an der Nordseefischerei beteiligten Staaten festgestellt ist, umfaßt 12 Artikel. Seine Bestimmungen sollen, wie die „Magd. Ztg.“ berichtet, in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer und innerhalb der durch Verträge festgestellten Grenzen auf jeden Anwendung finden, der sich an Bord eines Schiffes oder Fahrzeuges eines der Vertrag schließenden Theile befindet. In der Hauptsache ist es verboten, spirituelle Getränke an Personen zu verkaufen, welche sich an Bord eines Fischersfahrzeuges befinden oder zur Besatzung eines solchen Fahrzeuges gehören. Den genannten Personen ist der Ankauf spiritueller Getränke gegen Entgelte des Fischfanges, Schiffs- oder Ausrüstungsgegenstände oder Fischereigeräthe verboten.

— Ein Würzburger Blatt hatte von einer Verschlimmerung in dem Zustande des Königs Otto von Bayern berichtet. Darauf wird aus München offiziös erwidert, daß das körperliche Befinden des Königs unverändert das gleiche blieb. Bei der Parade am Geburtstage des Königs, 27. April, sollen die bayerischen Offiziere zum ersten Male mit der preussischen „Büchelhaube“ erscheinen.

— Nachdem der Reichstag die erhöhte Friedenspräsenzstärke angenommen, hat das bayerische Kriegsministerium im gestern erschienenen Verordnungsblatt die auf Bayern treffenden Neuformationen für 1. April d. J. angeordnet. Es sind dies je 1. Feld-Artillerie-Regiment in München und beim 4. Feld-Artillerie-Regiment in Augsburg, ferner 1. Eisenbahndivisionsstab und 1. Eisenbahn-Kompagnie in Ingolstadt. Auch wurde die bereits vor mehreren Wochen angekündigte Erhöhung des Offiziersstandes des 4. und 8. Infanterie-Regiments in Metz auf Kriegsstärke befohlen, indem durch Verlegung von 24 Infanterie-Leutenants nach Metz die kriegsmäßige dritte Secondeleutnantsstelle besetzt wurde.

Frankfurt a. M., 18. März. Die Stadtverordnetenversammlung nahm einstimmig den Magistratsantrag, eine Glückwunsch-Adresse an den Kaiser zu richten, an.

Darmstadt, 19. März. Der Großherzog, der Erbprinz, Prinzessin Irene und Prinz Heinrich begaben sich morgen Nachmittag zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers nach Berlin.

Ausland.

Wien, 18. März. Eine Berliner Korrespondenz der „Presse“ erörtert die Gefahren des Attentates auf den Kaiser. Eine russische Politik der Verweigerung würde die für Europa eben befestigten Gefahren wieder heraufbeschwören, deshalb sei der Eindruck der Petersburger Nachrichten in Berlin ein tiefverfühlender. Ein Leitartikel des „Tagblatt“, der offenbar auf authentischen Informationen beruht, hat einen ähnlichen Tenor, und kommt zum Schluss: „Abwarten und bereite sein!“ Graf Taaffe sucht für des Kultusministers Gautschi zweiten Sektionschef Stimmung zu machen. Das Exekutiv-Komitee beräth, wie der Posten im Plenum durchgebracht werden kann.

Pest, 18. März. Die „Revue de l'Orient“ meldet aus Konstantinopel:

Die Beziehungen der Pforte zu dem Kabinett zu Petersburg werden täglich gespannter, und zwar ist darin der Einfluß des englischen Botschafters White zu erkennen.

Der Pariser Botschafter telegraphirte: Rußland wolle die Pforte zur Aktion gegen Bulgarien drängen; der Botschafter der Pforte in Petersburg aber sei zur Erklärung beauftragt, die Türkei verharre in ihrer reservierten Haltung und wolle die friedliche Lösung im Einvernehmen mit den Mächten. Die Pforte bereite eine Zirkulärnote mit der Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen in Sofia vor.

Paris, 17. März. Der „Figaro“ schreibt über Boulanger's Armee-Organisationspläne:

„Es ist eine Narrheit, wenn man die französische Armee organisiren, reorganisiren und desorganisiren will, immer nur an die deutsche Armee zu denken; es ist eine gefährliche Narrheit, die uns ungeheure Opfer an Geld kosten wird und vielleicht zu beklagenswerthen Ergebnissen führt. Wir haben gute und schlimme Eigenschaften und die Deutschen desgleichen; jedes der beiden Völker hat auch besondere Einrichtungen und Sitten; der gesunde Menschenverstand weist darauf hin, daß dieselben Fragen bei ihnen so und bei uns anders behandelt werden müssen.“

Der Haß Boulanger's gegen die polytechnische Schule geht laut dem „Figaro“ überhaupt aus seinem Haffe gegen die wissenschaftliche Bildung hervor. „Diese Wissenschaft, wegen der Herr General Boulanger keine Achtung hat, denn er

hat niemals Gelegenheit gehabt, sich in derselben zu unterrichten und dieselbe in Anwendung zu bringen.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. März. Bei der zum Zweck der Verbreiterung der Straße erfolgenden Enteignung des an einer Straße gelegenen, durch den Orts-Bebauungsplan von der Bebauung ausgeschlossenen Vorgartenlandes, welches nebst den dazu gehörigen Grundstücken vor dem Erlaß des Orts-Bebauungsplans überhaupt keine Baustellenqualität gehabt und ohne den Bebauungsplan voraussichtlich nicht erhalten haben würde, ist dieses Vorgartenland nach einem Urtheil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 27. November v. J., in Preußen für die Berechnung der Höhe der Entschädigung nicht als Bauland, sondern als zur Zeit der Abtretung zu einem bebauungsfähigen Grundstück gehöriges Vorland (also höher als bloßes Ackerland) zu schätzen.

(Personal-Chronik.) Der Regierungs-Referendar Otto Schulte von der königlichen Regierung zu Wiesbaden ist der königlichen Regierung zu Stettin überwiesen worden. — Im Kreise Greifenhagen fungirt für den Standesamtsbezirk der Stadt Bahn der Beigeordnete Bork daselbst als erster Stellvertreter des Standesbeamten. — Im Kreise Kammin i. Pom. ist für den Standesamtsbezirk Stepenitz der Dampfschneidemühlensbesitzer Puß in Stepenitz zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — Im Kreise Greifenberg i. Pom. ist für den Standesamtsbezirk Dummadel der Amtsekretär Kleinander zu Brois zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — In Fiddichow, Synode Bahn, ist der Lehrer Bied, in Karlow der Kaiser und Lehrer Brandenburg, in Sassenburg der Kaiser und Lehrer Neumann, in Massow der Lehrer Karnowsky und in Anklam der Lehrer Dr. Wolter fest angestellt. — In Uckermark, Synode Werben, ist der Kaiser und Lehrer Paul und in Greifenhagen der Lehrer Ueßel provisorisch angestellt. — Dem Kandidaten der Theologie Walter Ruff, zur Zeit in Tonnin, ist unter Vorbehalt des Widerrufs die Erlaubniß erteilt, als Hauslehrer und Erzieher im Verwaltungsbezirk Stettin zu wirken.

— In der Woche vom 6. bis 12. März kamen im Regierungsbezirk Stettin 242 Erkrankungen und 23 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigten sich Masern, woran 132 Erkrankungen zu verzeichnen sind, und zwar erkrankten 91 im Kreise Anklam, 14 im Kreise Saargitz, 12 im Kreise Rugard, 10 im Kreise Uckermark, 3 im Kreise Regenwalde, und je 1 in Stettin und im Kreise Uckermark. Sodann folgt Diphtherie mit 80 Erkrankungen (14 Todesfälle), davon 20 Erkrankungen (9 Todesfälle) in Stettin. An Scharlach und Röteln erkrankten 22 Personen (4 Todesfälle), davon 3 (1 Todesfall) in Stettin, an Kindbettfieber 6 Personen (4 Todesfälle), davon 2 in Stettin, und an Darm-Typhus 2 Personen (1 Todesfall).

— In der Woche vom 13. bis 19. März wurden in der hiesigen Volksküche 2670 Portionen verabreicht.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Perlenfischer.“ Romantische Oper in 3 Akten. — Bellevue-Theater: „Drei Frauen auf einmal.“ Lustspiel in 4 Akten.

Montag. Stadttheater: Kleine Preise (Barquet 1 Mark etc.). „Das neue Gebot.“ Schauspiel in 5 Akten.

Dienstag. Stadttheater: Fest-Vorstellung. — Bellevue-Theater: Fest-Vorstellung zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm I. Fest-Prölog. Hierauf: „Der alte Fritz und seine Zeit.“ Historisches Lustspiel in 4 Akten.

Neunzig Jahre in Glande, Kampf und Sieg. Ein Menschen- und Heldenbild unseres deutschen Kaisers von Felix Meiring. Mit 47 Illustrationen nach den von des Kaisers und Königs Majestät Allerhöchsigst zur Veranschaulichung vertheilten Aquarellen als Festgabe für das deutsche Volk herausgegeben von Karl Hallberger. Preis elegant gebunden 2 Mark, fein geb. 3 Mark.

Das vorliegende Werk ist eine der besten Biographien unseres ehrwürdigen Heldenkaisers, aber dem Geistes Glande sichtbar waltet. Der Hauptvorzug desselben besteht außer den trefflichen Illustrationen darin, daß es uns „in dem gewaltigen Kaiser den Menschen“ zeigt, „der mit jedem Jahre dem Volke theurer wird“, und daß es uns in schlichter, herzoglicher Weise erzählt, „wie die Vorsehung leitend und bildend aus dem unumwundenen Kinde ihren Erwählten zu dem siegestrahlenden Herrscher erwachsen läßt, der auf der Höhe seiner Schöpfungen die großen Ahnen seines Hauses und die mächtigsten Völkerväter der Vorgeschichte überragt.“ [53]

Bermischte Nachrichten.

— Aus Paris wird gemeldet: Am 16. d. Mts. nahm sich die Herzogin von Dranto in Folge heftiger Gemüthsregungen das Leben. Ihr verstorbenen Gatte war der Sohn des berühmten Polizeiministers Napoleons I., jenes Fouche, gewesen, dem sein Herr den Herzogstitel verlieh; er hatte in erster Ehe eine italienische Frau, in zweiter eine schwedische Baronin und in dritter

Ehe Fräulein Marx geheiratet, welche Jüdin war. Sie wollte sich schon vor einigen Monaten ertränken, wurde aber von Bauern wider ihren Willen aus der Marne gezogen und gerettet.

— „Die Banderbills und die Geschichte ihres Vermögens.“ lautet der Titel eines jüngst in Newyork erschienenen Werkes, das um so lebhafter interessiert, als es dem Leser gestattet, die Ansammlung eines so riesigen Vermögens, wie es so schnell wachsend nur in Amerika vorkommen kann, von dessen erster Grundlage bis zu seiner schwindelnden Höhe zu folgen. Der erste der Banderbills, Cornelius, gehörte einem sehr bescheidenen Stande an. Sein Vater stammte aus Dänemark, war ein armer Bauer und bewohnte eine niedrige, schindelbedeckte Hütte. Der junge Cornelius hatte eine große Vorliebe für alle Leibesübungen, aber eine große Abneigung gegen jede Anstrengung des Geistes. Er war ein sehr schlechter Schüler, der niemals orthographisch zu schreiben lernte. Mit sechzehn Jahren nährte er den Ehrgeiz, ein kleines Fahrzeug zu besitzen. Seine Mutter, eine kluge und erfahrene Frau, dachte über den Wunsch ihres Sohnes die ganze Nacht hindurch nach. Am anderen Morgen, es war der erste Mai des Jahres 1810, sagte sie ihm: „Höre mich an, wenn Du Dich verpflichtest, unsere acht Morgen Ackerlandes bis zu Deinem Geburtstage urbar zu machen und mit Getreide zu bepflanzen, sollst Du die hundert Dollars haben, die Du zum Ankauf Deines Fahrzeuges brauchst.“ Das war der Ausgangspunkt dieses Milliardenvermögens. Als Cornelius Vandervbilt einstimmig zum Eisenbahnkönig erklärt worden war, dachte er endlich daran, sich von den Geschäften zurückzuziehen, wozu er sich trotz seiner achtzig Jahre bis dahin nicht zu entschließen vermocht hatte. „Ich habe für jedes Jahr meines Lebens eine Million Dollars verdient“, sagte er bei dieser Gelegenheit, „und was noch mehr werth ist, meine Arbeit hat dem Volk der Vereinigten Staaten das Dreifache eingebracht.“ Im Jahre 1868, nach fünfundsünfzigjähriger Ehe, verlor Cornelius Vandervbilt seine Lebensgefährtin. Ein Jahr später heirathete er ein junges Mädchen, seine Cousine. Er starb am 10. Juli 1876. Den größten Theil seines Vermögens, neunzig Millionen Dollars, hinterließ er seinem ältesten Sohne William. Der neue Eisenbahnkönig war damals sechsundsünfzig Jahre alt. Er setzte gewissenhaft die Traditionen seines Vaters fort. Nach Verlauf von sechs Jahren war es ihm gelungen, sein Erbe mehr als zu verdoppeln, so daß er über eine Milliarde Mark besaß. William Vandervbilt dachte damals daran, sich ein wenig Ruhe und Vergnügen zu gönnen. Er ließ sich den schönsten und kostbarsten Palast erbauen, den es jemals in Amerika gegeben hat. Die Eingangspforte, eine getreue Nachahmung des berühmten Vespasienums von Chlober in Florenz, kostete nicht weniger als 20,000 Dollars. Ein Flügel dieses Palastes ist ausschließlich einer Gemälsammlung gewidmet. Der glückliche Besitzer unternahm mehrere Reisen nach Europa, um seine Gallerie zu vervollständigen. Wenn ein Gemälde ihm gefiel, schiedete er nicht davor zurück, einen Preis von 300,000 Mark zu zahlen. Zu gleicher Zeit war er bemüht, sein Vaterland mit werthvollen Denkmälern zu schmücken. So ließ er aus Egypten den unter dem Namen die „Nade der Cleopatra“ bekannte Obelisk kommen, um ihm im Centralpark von Newyork einen Platz anzuweisen, ein Geschenk, das ihn eine halbe Million Dollar kostete. Er gründete zahlreiche gelehrte Schulen und stiftete die von seinem Vater gegründete Universität Tennessee mit reichen Mitteln aus. Er schöpfte durch übermäßige Arbeit, zu der ihn die Verwaltung seines ungeheuren Vermögens zwang, starb er im Jahre 1884, seinem ältesten Sohne Cornelius vermachte er 80 Millionen Dollars, dem zweiten Sohne 25, jedes andere seiner 4 Kinder erhielt 10 Millionen. Der Rest seines Vermögens, ungefähr 8 Millionen, wurde an verschiedene Wohlthätigkeits-Anstalten vertheilt. Der Biograph Vandervbilt's entwirft übrigens kein sehr ermutigendes Bild von den letzten Lebensjahren des Milliardärs. William Vandervbilt wurde täglich von einer Schaar von Bittstellern belagert. Keine Woche verging, ohne daß er einen Drobrieff empfing, in welchem man ihm ankündigte, sein Haus solle ihm über dem Kopf angezündet werden, oder man wolle ihn ermorden. Von Zeit zu Zeit erhielt er Sendungen von Dynamit-Paketten, die beim Öffnen explodiren sollten. Er war zuletzt genöthigt, jeden Spaziergang aufzugeben und sich nur im Wagen auf der Straße zu zeigen, um nicht von ganzen Horden verfolgt zu werden. Alles das im Verein mit seinen Geschäftesorgen machte ihm schlaflose Nächte und raubte ihm den Appetit, so daß er nur im Stande war, sich von Milch zu nähren.

— Im „Figaro“ bricht ein Franzose eine Lanze für das Vereinswesen auf deutschen Hochschulen. Man spottete in Frankreich gar gern über die deutschen Studenten, welche auf den Straßen der Universitätsstädte umherstrolachten, die kleinen farbigen Mützen auf dem Kopf und die großen Schürze auf der Wange; er aber, der Franzose, will nicht einstimmen in den Spott, er hat erkannt, daß diese buntschichtige Schale einen goldenen Kern birgt. Mit Begeisterung schildert er den Verlauf des Kaiserfesterfests, der in Berlin von alten Herren des Bonner Corps Vorwärts unter dem Vorhange des Prinzen Wilhelm gefeiert worden ist. „Männer von 75 Jahren“, sagt er, „die frühlich einstimmen in den Gesang der zwanzigjährigen Jugend; ein Prinz, der

zukünftige Kaiser, der seinen Kameraden, denen die vor und nach ihm die Universität besucht haben, zutrifft; Obersten, Generale, Juristen, die sich für einen Abend an der Kneiptafel versammeln und alle Unterschiede der Stellung und der Gesellschaft vergessen, um noch einmal Studenten zu sein; das finde ich schön, entzückend schön. Und das Volk, welches derartige Einrichtungen hat, ein Volk, dessen Sichten durch ein so feste Bindemittel verklirt sind, ist ein Volk, das man zwar nicht lieben kann, das aber trotzdem ein gewisse Achtung einflößt. Diesen Leuten ist die Liebe zur Fahne eigen, sei es nun, daß sie sich knüpfen an das Banner der Verbindung, die Flagge eines Truppentheiles oder die Farben des Vaterlandes, man sagt ihnen: das ist das Zeichen, um das ihr euch zu scharen habt, und alsbald finden sie sich zusammen. Ein e n Wahl-spruch aber haben sie, der allen gemein ist, es ist das „Mit Gott für König und Vaterland!“, daran glauben sie, und sie werden ernst, wenn sie davon reden. Wir lassen uns ebenso, vielleicht besser als sie, todtschlagen, aber haben wir dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit? Haben wir irgendwo eine Gesellschaft, die aus ehemaligen Studirenden besteht? Finden sich in Frankreich jemals diejenigen, welche früher vielleicht ein Jahr lang irgend einer Körperschaft als freiwillige Mitglieder angehört haben, später wieder zusammen? Können wir doch, ohne uns an die veralteten Formen, die jene bewahrt haben, zu binden, einige von ihren Gewohnheiten der Zusammengehörigkeit in uns aufnehmen — wir würden damit ein gut Theil ihrer Kraft übernehmen.“ Da wäre wohl der Vorschlag angebracht, daß die Republik in Zukunft ihre Söhne auf deutschen Hochschulen studiren ließe; hier, an seiner eigenen Heimstätte könnten sie unserem Studentenleben sein poetisches Geheimniß ablauschen, und wir sind überzeugt, die häßlichen Revanchegedanken, welche die große Nation in unseren Augen bislang so klein erscheinen lassen, würden bald in bairischem Bier und Rheinwein ertränkt sein.

— (Eine gesuchte Erklärung.) Morische: „Vater, warum heißt der eine Herr: Liebmann senior? Was meint das Wort senio?“ — Vater (nach einigem Nachdenken): „Das meint, er ist wahrscheinlich älter um zehn Jahr!“

Schiffsbewegung.

(Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Badefahrt-Aktien-Gesellschaft.) „Australia“, auf der Reise von Hamburg nach Newyork, 7. März Lizard passirt; „Albion“, 14. Februar von St. Thomas, 7. März in Hamburg angekommen; „Gellert“, 6. März von Hamburg nach Newyork, 8. März von Havre weiter; „Saronita“, 4. März von Hamburg nach Merito, 8. März von Havre weiter; „Rugia“, 9. März von Hamburg nach Newyork; „Suenia“, 10. März von Newyork nach Hamburg; „Rhenania“, 10. März von St. Thomas nach Hamburg; „Bohemia“, von Newyork kommend, 11. März in Hamburg eingetroffen; „Durlingia“, 11. März von St. Thomas nach Hamburg; „Allemania“, 21. Februar von Hamburg nach Westindien, 12. März in St. Thomas angekommen; „Hungaria“, 22. Februar von St. Thomas nach Hamburg, 14. März von Havre weiter; „Lefling“, 13. März von Hamburg nach Newyork, 15. März von Havre weiter; „Polaria“, 16. März von Hamburg nach Newyork; „Marsala“, ab Hamburg, 13. März in Newyork angekommen; „Noravia“, ab Hamburg, 16. März in Newyork angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 19. März. Durch Schneestürme im Karst ist die Verbindung zwischen Wien und Triest unterbrochen, auch die telegraphische Verbindung mit dem Süden ist gestört. Hier herrscht Frostwetter.

London, 19. März. (Verspätet eingetroffen.) Das Unterhaus verwarf nach längerer Debatte mit 226 gegen 88 Stimmen einen Antrag Dilton's auf Vertagung des Hauses bezugs Protestes gegen die Verhaftung des Premier's Kellier-Youghall. Sodann wurde die Vertagung über die Vorlage betreffend die Geschäftsordnung fortgesetzt und die erste Resolution mit 262 gegen 41 Stimmen definitiv angenommen.

Petersburg, 19. März. Wie der „Regierungsbote“ meldet, hielt der Rektor der hiesigen Universität gestern in der Aula vor den sehr zahlreich anwesenden Studenten und in Gegenwart der vorgeordneten Professoren eine Rede, in welcher er der schmerzlichen Ueberraschung Ausdruck gab, daß nach amtlicher Meldung drei Studenten der Petersburger Universität im Besitz von Sprenggeschossen arretirt worden seien. Der Rektor sprach seinen tiefsten Abscheu und sein Bedauern gegenüber dieser Thatfache aus und forderte die Studenten auf, energisch gegen die Unthat zu protestiren und diesen Protest in einer einstimmigen Ergebenheitsadresse an den Kaiser auszuwirken. Die Rede des Rektors wurde mit anhaltenden und lauten Beifallsbezeugungen begleitet. Die Studenten stimmten nach dem Schluß der Rede die Nationalhymne an und brachten begeisterte Hochrufe auf den Kaiser aus.

Ein heute veröffentlichtes Gesetz bestimmt, daß die Zahl der jüngeren Offiziere sämtlicher Infanterie-Regimenter bis zu der im Etat vorgesehenen Norm ergänzt werde.